

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 886 848 ppbn d



Inhalt

Helmut Rohde MdB erinnert an das 8-Punkte-Programm der SPD aus dem November 1966, dem Vorabend der Großen Koalition. Seite 1

Rudi Schmitt MdB warnt vor der steigenden Besorgnis wegen des Kurswechsels der Regierung in der Polen-Politik. Seite 4

Dokumentation

Für die Washington Post sind die Tage von Bundeskanzler Kohl offenbar schon gezählt. Seite 5

39. Jahrgang / 231

30. November 1984

Am Vorabend des Regierungseintritts 1966

Das November-Dokument der Sozialdemokraten

Von Helmut Rohde MdB

"Den Frieden in Europa sicherer zu machen", so hieß einer der Sätze, mit dem im November 1966 einem neuen Abschnitt deutscher Politik Ziele, Sprache und Ausdrucksfähigkeit gegeben wurde. Acht-Punkte-Programm war der Titel dieser Dokumentation, vorgelegt von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Sie ist eine Schrift von historischem Rang, und wie es in der Geschichte nicht selten zugeht, weithin vergessen.

Damals war die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ins Schleudern geraten, mit sozial-ökonomischem und internationalem Substanzverlust. Es gab einen gleichzeitigen Verfall von innen- und außenpolitischem Ansehen. Der Ruf, Sozialdemokraten sollten in die Bundesregierung geholt werden, beherrschte 1966 die öffentliche Diskussion. Die Bonner Fraktionsspitze der Sozialdemokraten aber wollte sich nicht nur als "Reparaturkolonne" für eine marode gewordene Unionsregierung vorübergehend anheuern lassen. Sie drang auf die Erneuerung deutscher Politik. "Jedwede Regierungsbildung wäre verfehlt, die auf eine solide Analyse der Lage und Klärung der gegebenen Möglichkeiten verzichten würde." Hier lag der Sinn des November-Dokuments.

Wir hatten Kurt Schumacher nicht vergessen. Raffiniertes Spiel mit Amtssesseln war diesem ersten sozialdemokratischen Vorsitzenden nach dem Kriege bis in die Seele zuwider. Beteiligung muß Mitbestimmung, entscheidende politische Gestaltung heißen und zur politischen Führung vorstoßen. Nur dann - so war er überzeugt - gewinnt sie Stärke und Verwurzelung.

Während im November 1966 in der Öffentlichkeit, auch im Bonner Parlamentsalltag, Personalien und Spekulationen im Blick auf die zu erwartende Regierungsumbildung gehandelt

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Kunststoff-Druck
mit versetztem Einheits
RijjAMA-Papier



wurden, die Politik zur Reportage wurde, schrieb damals ein kleiner Kreis unter der politischen Führung des späteren Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt, inspiriert von Herbert Wehner, die acht Punkte für die Zukunft aufs Papier. In jenen Nachtstunden wurde eindeutiger und mutiger geschrieben als es sonst in jener Zeit üblich war. Strategische Fragen wurden aufgeworfen, taktisches Kalkül abgestreift. Die politischen Inhalte und die Sprache der Fraktionserläuterungen wurden zur Substanz künftiger Politik. Wörtlich:

"Die Bundesregierung muß darauf hinwirken, den Frieden durch innereuropäische Normalisierung und Aussöhnung sicherer zu machen, um in diesem Rahmen die Spaltung Deutschlands zu überwinden."

"Die Bundesregierung muß sich davon leiten lassen, den Menschen im geteilten Land das Leben zu erleichtern, die nationale Substanz zu erhalten."

"Zur Normalisierung unserer Beziehungen zu Osteuropa muß die Bundesregierung eine Initiative zur Weiterentwicklung internationaler Rüstungsbegrenzung und -kontrolle und zum Austausch von rechtlich bindenden Gewaltverzichtserklärungen ergreifen."

"Die Bundesregierung muß aktiv für die Normalisierung unseres Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn und für die Versöhnung mit ihnen eintreten. Die Bundesregierung erstrebt volle diplomatische Beziehungen mit allen Staaten Osteuropas."

"Die eigenständige Entwicklung Europas wird zu einer entsprechenden Verantwortung führen müssen. Dabei ist eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Geiste gleichberechtigter Partnerschaft anzustreben."

"Die Bundesregierung muß versuchen, Vereinbarungen zwischen Ost und West über gleichwertige Truppenreduzierungen und Rüstungsverminderungen auf beiden Seiten herbeizuführen. Die Mitwirkung der USA in der europäischen Entspannung ist unentbehrlich. Um der Stabilität des Bündnisses willen und als Beitrag zur Entspannung muß die Bundesregierung den Ehrgeiz auf atomaren Mitbesitz aufgeben."

Im einzelnen wurden die Fragen der europäischen und innerdeutschen Notwendigkeiten aus sozialdemokratischer Sicht dargelegt, die Strategie der Abrüstung beschrieben, dem Verhältnis zu Frankreich großes Gewicht und Einfluß auf die europäische Entwicklung gegeben und der Ausgleich mit Osteuropa dingfest gemacht. Die deutsche Außenpolitik erhielt neue Konturen. Sie wurde aus der Sackgasse herausgeholt, in die sie sich selbst durch Hallstein-Doktrin, Ressentiments und Erstarrung hineinlaviert hatte.

Ihr wurde eine aktive Rolle zugewiesen: "Die Entspannung in der Welt zu fördern, liegt im Interesse Deutschlands. Die Bundesregierung hat entsprechende Initiativen in ihrer Außen-, Verteidigungs- und Deutschlandpolitik zu ergreifen. Dabei ist unsere Sicherheit aufrechtzuerhalten, die gegenwärtig nur im Rahmen des westlichen Bündnisses gewährleistet ist." Der Grundstein für ein deutsches Regierungsverhalten ist gelegt worden, mit dem sich die Bundesrepublik in den 70er Jahren Ansehen in der Welt erworben hat. Die Acht-Punkte-Erläuterungen der Fraktion wurden Signale.



Innenpolitisch wurde unter den Bedingungen jener Zeit eine sozialdemokratische Alternative gegenüber der sich damals herausbildenden permanenten Rezessionsanfälligkeit konservativer Politik entwickelt. Die erste Rezessionswelle war Mitte der 60er Jahre angerollt. Darzulegen war, wie darauf aufgeklärte Wirtschaftspolitik und sozialstaatliches Verhalten reagieren.

Die SPD hat sich nicht lange mit endlosen Anklagen gegenüber den damals Regierenden erschöpft. Mit eigenen Alternativen Vertrauen zu gewinnen, erschien uns wichtiger. Zur Kennzeichnung der Lage hieß es: "Der Autoritätsverfall der bisherigen Bundesregierung muß auch im Interesse der wirtschaftlichen Stabilität schnell überwunden werden." Gegen die Rezession mit ihren beschäftigungs- und einkommenspolitischen Konsequenzen sei vorzugehen, in dem für wirtschaftliche Entwicklung, finanzielle Ordnung und soziale Stabilität neue innenpolitische Grundlagen geschaffen werden:

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Sozialplanung, mittelfristige Finanzplanung, strukturpolitische Anpassung von Wirtschaftszweigen an neue Marktverhältnisse und vor allem ein neues Verhältnis zwischen den Tarifvertragsparteien und der Regierung sind im einzelnen beschrieben worden, die Wege zur wirtschaftlichen und politischen Mitbestimmung dargelegt, die Beziehungen zwischen Sozialstaatlichkeit und wirtschaftlicher Entwicklung definiert.

Das November-Programm hätte verdient gehabt, in den vergangenen Jahren und auch heute gelesen zu werden. Es war die Handschrift einer ebenso regierungsfähigen wie macht-fähigen sozialdemokratischen Führung. Sein Vorzug ist, sich nicht in einer endlosen Aufzählung fachlicher Details zu verlaufen. Vielmehr wurde der Blick für innen- und außenpolitische Zusammenhänge geschärft. Es kam zu anspruchsvollen Zielen, wie sich in den 70er und auch den 80er Jahren zeigen sollte.

Was hat die Politik daraus gelernt, fragt man sich bei diesen Thesen? Ihr Wiederlesen erfüllt nicht nur das politische Selbstbewußtsein, weil man erkennt, daß dies nicht "ein Papier", sondern eine Weichenstellung mit historischen Konsequenzen war. Aber wir hatten damals auch Klippen klarer vorausgesehen, als sie manchem später bewußt gewesen sind. Im ganzen zeigt diese Dokumentation politischen Atem und Führungskraft. Sicher war manches an den Tag gebunden. Sicher auch, daß es heute mehr "Papiere" und "Selbstverständnis"-Bedürfnisse gibt als damals, aber wir hatten - so empfinde ich es - mehr Politik und parlamentarisches Selbstbewußtsein.

Die sozialdemokratische Willenserklärung war die Vorlage einer Bundestagsfraktion. Die Gründe sind sichtbar, durch die sich der Deutsche Bundestag in den Jahren nach dem Kriege Gewicht, Bedeutung und Ansehen geschaffen hatte.

(-/30.11.1984/ks/va)

+ + +



Junge Union: Die Drachensaat geht auf

Wachsende Besorgnis über den Kurswechsel der Polen-Politik

Von Rudi Schmitt MdB

Mitglied des Gesprächskreises Polen der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

"Wir wünschen uns von Herzen, daß eine solche Aussöhnung auch mit dem polnischen Volk möglich ist.....

Wir jedenfalls werden in unserer Politik gegenüber unserem polnischen Nachbarn in der gebotenen Weise, mit Ruhe und mit Entschiedenheit, aber auch mit großer Geduld den Weg weitergehen, der zur Versöhnung und Aussöhnung beitragen kann." So Bundeskanzler Kohl am 27. November 1984 im Deutschen Bundestag. Nur wenige Tage zuvor faßte der Deutschlandtag der Jungen Union Beschlüsse, die nicht zur Versöhnung und Aussöhnung mit Polen beitragen.

Die Antragsteller aus dem Vorstand der Jungen Union hatten es ernst gemeint mit der Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Sie forderten ihre politischen Freunde auf, sich klipp und klar zur Anerkennung der polnischen Westgrenze zu äußern, so wie dies die Bundesregierung völkerrechtlich im Warschauer Vertrag von 1970, so wie dies Bundespräsident von Weizsäcker und der Bundesaußenminister wiederholt getan haben.

Sie wollten auch den CDU-Nachwuchs auf diese Linie der Vernunft und des Ausgleichs festlegen.

Aber sie bewirkten nach einer chaotischen Diskussion das Gegenteil.

Mit ihrer Berliner Entscheidung reiht sich die Junge Union nun in den Chor der konservativen Stimmen ein, die die Besorgnis über den Kurswechsel der deutschen Polenpolitik in Ost und West verstärken.

Wer wirkliche Verständigung und Aussöhnung mit dem polnischen Volk will, der darf die polnische Westgrenze nicht in Frage stellen.

Nicht allein der gegenseitige Gewaltverzicht, die völkerrechtliche Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik ist das Fundament der Verständigung zwischen Polen und Deutschen.

Wer dies in Zweifel zieht, oder in Zweifel ziehen läßt, kann nicht von Aussöhnung sprechen. Er geht einen gefährlichen Weg, der zu neuen Spannungen zu Unsicherheiten in Europa führt.

Kanzler Kohl ist gefordert. Wohlklingende Worte schaffen kein Vertrauen. Der Kanzler und Parteivorsitzende muß in seiner Regierungspartei für Klarheit sorgen.

Herzenswünsche sind kein Ersatz für politisches Handeln.

Mit der von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner gestalteten deutsch-polnischen Verständigungspolitik steht für die Bundesrepublik Deutschland und Polen viel auf dem Spiel.

Die SPD fordert von der Bundesregierung: Der Warschauer Vertrag von 1970 muß das Fundament deutsch-polnischer Politik bleiben. (-/30.11.1984/ks/va)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Kohls Tage sind möglicherweise gezählt

Die "Washington Post" veröffentlichte am 25. November einen Artikel aus der Feder von Professor Norman Birnbaum. Der SPD-Pressedienst dokumentiert den Text aus der angesehenen US-Zeitung:

Wenn Helmut Kohl in dieser Woche in Washington eintrifft, wird dem westdeutschen Kanzler eher ein pflichtgemäßer als ein begeisterter Empfang bereitet werden.

Die amerikanische Regierung war hocherfreut, als er 1982 Helmut Schmidt ablöste und als seine Partei 1983 Bundestagswahl gewann. Die "Washington Post" erklärte: "Deutschland kehrt zur Herde zurück." Die Sozialdemokraten kritisierten die amerikanische Politik und sprachen von den deutschen nationalen Interessen. Kohl hingegen beschreibt das atlantische Bündnis als ein Geschenk der Vorsehung - und erinnerte an die amerikanischen Lebensmittelpakete seiner Jugend.

Er und seine Koalitionspartner, die Freien Demokraten, schienen bereit, einen deutschen "Reaganismus" zu praktizieren. Sie beschworen die freie Marktwirtschaft und erklärten, den angeblich Übergewichtigen Wohlfahrtsstaat von überflüssigem Fett befreien zu wollen. Kohl kündete eine "moralische und geistige Erneuerung" an.

Unsere außenpolitischen Experten interpretierten diese Äußerung richtig so, daß sie im Ergebnis für Deutschlands jugendliche Demonstranten Wasserwerfer und Haftstrafen bedeuten und für die Gegner von Atomwaffen in den Kirchen den Zugang zu den Fernsehstationen des Landes beschränken würden.

In den Augen derjenigen, die alt genug waren, um sich an die engen deutsch-amerikanischen Beziehungen zu Zeiten des verstorbenen Bundeskanzlers Konrad Adenauer zu erinnern, war Kohl ein moderner Erbe Adenauers.

Zwei Jahre später gärt es überall in der Bundesrepublik. Kohls Koalition hat in Kommunal- und Landtagswahlen eine Reihe von Verlusten erlitten, denen im kommenden Frühjahr möglicherweise weitere schwere Niederlagen folgen werden. Die Grünen, ein Bündnis aus Umweltschützern, aktiven Atomkraftgegnern und verschiedenen Gesellschaftsreformern, haben die Freien Demokraten als dritte Partei verdrängt, die FDP ist vom Untergang bedroht. Die Koalition könnte die Bundestagswahlen im Jahre 1987 also verlieren.

Kohls ineffiziente Liebeshwürdigkeit hat sich den Belastungen seines Amtes als nicht gewachsen erwiesen. Ob der bedrängte und reizbare Kanzler sich halten kann, ist äußerst zweifelhaft. Offen in der deutschen Presse, diskreter in seiner eigenen Partei, und noch diskreter unter seinen früheren amerikanischen Freunden hat nun eine Diskussion über seine baldige Ablösung begonnen.

Kohl wird aus seinem Amt möglicherweise ebenso plötzlich ausscheiden, wie er es angetreten hat. Der Korruptionsskandal, der so viele deutsche Politiker bedroht, kann immer noch zu seiner Anklage führen. Details über die widerrechtliche Finanzierung von Parteien und Einzelpersonen durch den Milliardär Friedrich Flick haben die Bundes-



republik erschüttert. Die Sozialdemokraten stehen nicht mit weißer Weste da. Inzwischen sind die Grünen zum Hüter der staatsbürgerlichen Moral geworden.

Kohl mußte sich vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß (und vor dem deutschen Fernsehen) einem Kreuzverhör durch Otto Schily unterziehen, dem Abgeordneten der Grünen, der als Anwalt eine Reihe von angeklagten Terroristen verteidigte. Kohl gibt zu, mehrere hunderttausend Mark in bar entgegengenommen zu haben. Wie er sagt, war dies ungesetzlich, aber jeder tat es - und zudem ging das Geld an seine Partei.

Kohl beschreibt sich selbst als Opfer einer Verschwörung mit dem Ziel, den deutschen Staat - wenn nicht die westliche Zivilisation - zu diskreditieren. Er deutete an, möglicherweise könnten "ausländische Mächte" verantwortlich sein, und er warf dem "Spiegel", der die Geschichte veröffentlichte, "Journalismus aus der Kloake" vor. Selbst die zahlreichen Deutschen, die die rechtmäßige Regierung im Zweifel eher für unschuldig erklären, empfinden Kohls Verteidigung als absurd. Einfache Bürger und viele von Kohls christdemokratischen Parteigenossen sind erzürnt.

Die deutsche Linke ist derweil zutiefst erstaunt. Ihre wildesten Beschreibungen kapitalistischer Politik erscheinen jetzt als Untertreibung.

Watergate warf einen starken Nixon zu Boden. Die Flick-Affäre bedroht einen bereits angeschlagenen Kohl. Hervorgetan hat er sich vor allem mit seinem Talent, sich konsequent zu weigern, Entscheidungen zu treffen. Es ist ihm nicht gelungen, sein Kabinett in den Griff zu bekommen oder die Koalition zu einigen. Von seinem bayerischen Stützpunkt aus hat der konservative Parteivorsitzende Franz Josef Strauß - vorgeblich ein Verbündeter Kohls - einen offenen Grabenkrieg gegen ihn entfesselt.

Kohls hartnäckiger Provinzialismus wirkte ursprünglich auf viele Wähler beruhigend. Seine ein wenig intellektuelleren Verbündeten bezweifeln jetzt, ob er die vielschichtigen Probleme der Lage Deutschlands versteht, die allerdings jede Regierung und jedem Staatsmann Schwierigkeiten bereiten.

Systematisches Sich-treiben-Lassen war in den vergangenen zwei Jahren das Motto im wirtschaftlichen Bereich. Die Sozialleistungen für die schwächeren Gruppen wurden gekürzt. Die Koalition konnte den Wohlfahrtsstaat jedoch nicht frontal angreifen: zu viele ihrer Wähler hängen an ihm.

Die wirtschaftliche Lage hat sich leicht gebessert, aber mit vielen neuen Investitionen werden Maschinen gekauft, die Arbeitsplätze vernichten. Die mächtigen Gewerkschaften des Landes sind ausgesprochen kampfeslustig. Und während die Koalition über gesetzgeberische Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes diskutiert, wählen Scharen von Bürgern, die durch die Zerstörung ihrer Wälder aus ihrer Gleichgültigkeit aufgerüttelt wurden, die Grünen.

Im außenpolitischen Bereich hat Kohl unwillig über eine Wandlung der Formen und Bedingungen der Erörterung nationaler Fragen präsiert. Die Dislozierung amerikanischer Raketen hat die Kontroverse über das Bündnis nicht beendet, sondern sie im Gegenteil ausgeweitet. Sie ist zu einer Diskussion der "deutschen Frage" geworden.

Kohl ist in doppelter Hinsicht schlecht gefahren. Mit seinen Krediten an Ostdeutschland hat er in Westeuropa offen und in Amerika unausgesprochen Besorgnis über die Bündnistreue Westdeutschlands hervorgerufen. Zudem hat er das Erbe seines Vorgän-



gers - verhältnismäßig gute Beziehungen mit der Sowjetunion - verschleudert. Zwar sprach er in Moskau tapfer über die deutsche Wiedervereinigung, äußerte sich jedoch nicht darüber, welchen politischen Preis Westdeutschland dafür zu zahlen bereit wäre. Unvorsichtigerweise hielt er vor einer Gruppe eine Rede, die erreichen möchte, daß Polen das frühere schlesische Gebiet an Deutschland zurückgibt, was dem sowjetischen Block erneut Anlaß dazu gab, Westdeutschland "Revanchismus" vorzuwerfen.

In der NATO verbinden die Deutschen rhetorische Treuebekundungen mit einer unschlüssigen und zögernden Haltung in Fragen wie beispielsweise den chemischen Waffen und der Militärstrategie. Und sofern Kohls Regierung schließlich eigene Vorstellungen über die Strategie der NATO oder über die Ost-West-Beziehungen haben sollte, so handelt es sich dabei um äußerst gut gehütete Geheimnisse.

Die Opposition benutzt den offensichtlichen Mangel an Einfluß des Kanzlers in Washington inzwischen als willkommene Waffe für einen Angriff auf die Regierung. Zudem verringert diese Einflußlosigkeit Westdeutschlands Ansehen in beiden Hälften Europas.

Kohls wahrscheinlicher Nachfolger ist der hocheffiziente Finanzminister Gerhard Stoltenberg. Er war Historiker und verfügt über umfassende Erfahrung in der Wirtschaft wie in der Regierung. Als protestantischer Konservativer und Intellektueller würde er den Vereinigten Staaten gegenüber wesentlich mehr Unabhängigkeit zeigen als Kohl. Wohl aus diesem Grund ziehen einige Mitglieder der amerikanischen Regierung Lothar Späth vor, den Ministerpräsidenten Baden-Württembergs. Er ist in nationalen und internationalen Angelegenheiten ein unbeschriebenes Blatt. Einige Experten und Bürokraten meinen, daß er leichter zu beeinflussen oder zumindest kooperativer wäre.

Wie Kohls mühevoller Kampf zeigt, wird die deutsche Politik in Deutschland gemacht. Das Land ist keine amerikanische Provinz. Es wird dies noch weniger sein, wenn Kohl seinen Abschied nimmt, womit er eher in der näheren als in der ferneren Zukunft zu rechnen hat.

(-/30.11.1984/ks/va)

+ + +

